

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



05. Oktober 2020

POLITIK DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT IN EL SALVADOR: NICHTS NEUES UNTER DER SONNE

Von Astrid Valencia und Diana Sánchez, Amnesty International

Etwas mehr als ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Nayib Bukele ist eines klar geworden: Repression ist immer noch die bevorzugte Methode, wie dieses Land versucht, Probleme historischer Herkunft und unterschiedlicher Art zu lösen. Bisher hat Präsident Bukele die Versprechen, die er zu Beginn seiner Amtszeit gemacht hat, nicht eingehalten. Eher scheint er weiterhin mit Repression und militärischen Einsätzen zu reagieren. Diese Mittel setzte er auch verstärkt als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ein.

So haben wir in den letzten Monaten beobachtet, dass [bewaffnete Militärangehörige](#) bei Maßnahmen zur Eindämmung des Virus präsent waren. Es waren Bilder, die uns an die schrecklichen Jahre des bewaffneten Konflikts erinnerten.

Grafik: https://elfaro.net/get_img?ImageWidth=2000&ImageHeight=1333&ImageId=33709
Nayib Bukele, Präsident von El Salvador, während einer Pressekonferenz am 20. Mai 2020. Bukele bot nach einem Treffen mit Bürgermeistern der Partei ARENA eine Konferenz an. Foto von El Faro: Victor Peña

Die repressiven Signale der Regierung kamen nach und nach zum Vorschein und nahmen rasch zu. Im Februar, nur wenige Wochen vor dem erstmaligen Auftreten des COVID-19-Virus im Land, wurden wir Zeugen eines [protzigen und unnötigen Polizei- und Militäreinsatzes](#). Die Einsatzkräfte drangen während einer vom Ministerrat einberufenen und vom Parlamentspräsidenten geleiteten außerordentlichen Sitzung in die Räumlichkeiten der Gesetzgebenden Versammlung ein. Es gab Berichte über Scharfschützen, die rund um die Gebäude stationiert waren, und über Einschränkungen der Pressefreiheit, die vor dem Beginn eines gefährlichen Weges für die Zukunft der Menschenrechte im Land warnten.

Bei einem Treffen mit Amnesty International im [Juni 2019](#) verpflichtete sich Präsident Bukele zur Umsetzung einer umfassenden Strategie der öffentlichen Sicherheit, die in der Theorie den Schwerpunkt auf Prävention und Rehabilitation legen sollte. Bei dieser Gelegenheit würdigte er die wichtige Arbeit der salvadorianischen Organisationen der

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Zivilgesellschaft und die Rolle der MenschenrechtsverteidigerInnen im Land.

Im Dezember 2019 stattete die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH), das für die Überwachung der Menschenrechtssituation zuständige interamerikanische Gremium, dem Land einen historischen Besuch ab - nach 32 Jahren fand dieser wieder vor Ort statt. Dies ist der wichtigste Besuch, den die Kommission einem Land abstatten kann. Bei dieser Gelegenheit wurden auch sicherheitspolitische Bedenken angesprochen.

In ihren [vorläufigen Beobachtungen](#) griff die CIDH die von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebrachten Bedenken auf, darunter die Beteiligung von Angehörigen der Streitkräfte bei Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und den Mangel an Information, Transparenz und der fehlenden Beteiligung der Organisationen an der Gestaltung des Planes zur territorialen Kontrolle.

Im Laufe der Zeit begannen wir zu sehen, wie nach und nach die Versprechen des Präsidenten gebrochen wurden und die Handlungen der Regierung eher in die entgegengesetzte Richtung gingen. Zwar war die Zustimmung der Regierung zum Empfang der CIDH ein wichtiger Schritt, doch ging sie nicht unbedingt mit einer festen Verpflichtung einher, die über den Besuch der CIDH hinausgehen und eine sichtbare Verbesserung im Leben des salvadorianischen Volkes darstellen würde. Auch die Zusage, einen übergreifenden Tisch mit Amnesty International einzurichten, blieb nur ein leeres Versprechen.

Mit der Ankunft der Pandemie kam das zum Tragen, was frühere Aktionen schon angekündigt hatten. Sie hat nicht nur den Einsatz von Sicherheits-, Polizei- und Militärkräften gezeigt, sondern brachte auch zahlreiche Anschuldigungen wegen exzessiver Gewaltanwendung und willkürlicher Verhaftungen mit sich. Offiziellen Angaben zufolge befanden sich mehr als [16.000 Menschen](#) in staatlicher Quarantäne, darunter Personen, die der Verletzung der Ausgangssperre beschuldigt wurden, und RückkehrerInnen aus dem Ausland.

[Amnesty International](#) sprach mit Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen infolge von Regierungsmaßnahmen zur "Kontrolle" von COVID-19 wurden. Diese Fälle zeigen deutlich, wie unverhältnismäßig die Maßnahmen der Regierung waren, die unter dem Vorwand, die Pandemie zu stoppen, durchgeführt wurden. Ein junger Mann erzählte der Organisation, dass die Polizei ihn angehalten, geschlagen und zweimal in die Beine geschossen habe, als er unterwegs war, um Lebensmittel und Benzin zu kaufen.

In einem anderen Fall wurde ein 17-jähriger Junge von der Polizei verhaftet, als er seinen Arbeitsplatz auf einer Zuckerplantage verließ. Er und seine Familie sagten, dass ihn die Polizei, ungeachtet der Tatsache, dass seine Arbeit als systemrelevant eingestuft war, geschlagen und in eine Polizeizelle gebracht habe. Hier war er fast drei Tage lang zusammen mit Erwachsenen inhaftiert und wurde später ohne Anklage freigelassen.

Zu Beginn der Pandemie wies der Präsident die Sicherheitskräfte öffentlich an, "[härter gegen diejenigen vorzugehen](#)", die sich nicht an die Quarantäne hielten, und bemerkte, dass ihm Berichte über Behörden, die "[Handgelenke verbiegen](#)" und Fahrzeuge beschlagnahmen, egal seien. In ähnlicher Weise kündigte der [Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit](#) im April an, dass Personen, die sich nicht an die nationalen Ausgangsbestimmungen halten, in Eindämmungszentren geschickt würden, "weit weg von ihren Familien, und in diesen Quarantänestationen riskieren sie auch, sich mit dem Virus anzustecken". Dies zeigt, dass die Maßnahmen als Formen der Bestrafung konzipiert und umgesetzt wurden und nicht dem Zweck dienten, die Menschen vor dem Virus zu schützen.



Nachdem sie Zeuge dieses beunruhigenden Szenarios geworden ist, wird die Regierung heute während der Anhörung, die die CIDH Amnesty International und neun nationalen und internationalen Organisationen gewährt hat, Gelegenheit haben, auf die Besorgnis über den von ihr eingeschlagenen repressiven Weg und die in der öffentlichen Politik vorherrschenden Strafmaßnahmen zu reagieren. Wir hoffen, dass die Regierung während und nach der Anhörung den Organisationen nicht nur aufmerksam zuhört, sondern auch ihre Bedenken aufgreift und ihre Maßnahmen neu ausrichtet, um ihre Sicherheitspolitik so umzuwandeln, dass sie der Verpflichtung zum Schutz der Rechte aller Menschen in El Salvador gerecht wird.

* Astrid Valencia ist Researcherin für Zentralamerika und Diana Sánchez ist Campaignerin für Mittelamerika bei Amnesty International.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das spanische Original:

Política de seguridad pública en El Salvador: nada nuevo bajo el sol

<https://elfaro.net/es/202010/columnas/24885/Pol%C3%ADtica-de-seguridad-p%C3%BAblica-en-El-Salvador-nada-nuevo-bajo-el-sol.htm>

In Englisch ebenfalls erschienen in

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/represion-militarizacion-seguridad-publica-el-salvador/>